



Was können wir tun, damit mehr Schulen Gemeinschaftsschule werden?
Mittwoch, 20. Februar 2013, 18.00 – 21.00 Uhr
Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 107

2. Was behindert Gemeinschaftsschulen in ihrer Arbeit?

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung haben gezeigt, dass die Gemeinschaftsschulen auf dem richtigen Weg sind. Für eine optimale Entwicklung/Gestaltung wäre ein unterstützendes Klima und Umfeld erforderlich. Das ist bisher nicht überall gegeben: Schulen – Pädagogen, Eltern, aber auch die Schüler – erfahren Widerstände im Innern wie von außen und haben mit wirkmächtigen Traditionalismen zu kämpfen.

Faktische Bildungspolitik und Verwaltungshandeln orientieren sich kaum an einer langfristigen bildungspolitischen Zielsetzung wie etwa der vom Abgeordnetenhaus 2009 beschlossenen „Schule ohne Auslese“: Die bestehenden zwei Säulen – Gymnasium (für die Schüler aus gutem Hause) und Integrierte Schule (für den Rest und die Kinder einiger „Sozialspinner“) – und damit ein an sozialer Schichtung orientiertes ständisches Schulsystem, werden vielfach als „besitzwahrender Endzustand“ angesehen. Indizien hierfür: die nicht an der Bevölkerungsrepräsentativität orientierten Kriterien zur Schüleraufnahme; die Möglichkeit, Schüler des Gymnasiums zu verweisen und die Verpflichtung der integrierten Schulen, sie aufzunehmen; Ungleichwertigkeit und Ungleichbehandlung von integrierter Schule und Gymnasium z.B. bei der Existenz/Einrichtung einer Oberstufe, in der Inklusionsdebatte.

Viele Entscheidungen der Schulverwaltung werden als kleinlich, bevormundend, nicht sachgerecht und sogar aufgenötigt empfunden; dabei hat die Schulverwaltung in vielen Fällen keine größere praktische oder theoretische Sachkenntnis als in der Schule vorhanden ist. Beispiele: Tenor der Sek I-VO, insbesondere das Festhalten an überholten Konzepten und Begrifflichkeiten; Art des Umgangs mit den Schulen bei der Diskussion um Leitbild; Differenzierungskonzept und notenfreie Beurteilung. Insbesondere die Gemeinschaftsschulen werden hierdurch in der vorbildgebenden Rolle als pädagogischen Werkstatt behindert.

Die Schulen wurden und werden in vielen Fällen durch den Schulträger und die regionale Schulaufsicht nicht gefördert, mitunter sogar benachteiligt: Verhinderung von Gemeinschaftsschulgründungen (z.B. in Reinickendorf); restriktive Auslegung der Musterraumprogramme; keine die Entwicklung aufwachsender Schulen antizipierende Versorgung der Schulen mit Finanzen und Räumen, keine vorausschauende Personalplanung (u.a. hat es die zugesagte Unterstützung bei Umsetzungen in vielen Fällen nicht gegeben).

Es gibt nur wenig Unterstützung der Gemeinschaftsschulen in der öffentlichen Diskussion; es sei denn, nicht ignorierbare Ereignisse provozieren aktuelle Stellungnahmen (z.B. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung): Als gelingende Schule gilt nach wie vor die Schule, die sich gute Schüler aussucht, nicht die Schule mit guten Lernzuwächsen.

Der Qualifikation der Pädagogen kommt beim Erfolg der integrierten Schule eine besondere Rolle zu, zumal die traditionelle Lehrersozialisation im Widerspruch zu Prinzipien einer Pädagogik der Heterogenität steht. Auch hier sind bestehende Zustände und getroffene Entscheidungen eher kontraproduktiv: Auflösung des Qualifikationsteams ohne Bereitstellung einer äquivalenten Struktur, Abschaffung der selbstverwalteten Fortbildungsmittel zugunsten eines aufwendigen Beantragungsverfahrens, Festhalten am Paradigma der lehrerzentrierten Fachunterrichtsstunde von 45 min in der Lehrerausbildung und dem 2. Staatsexamen, praxisferne erste Lehrer-Ausbildungsphase.

Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin

*Sprecher/innen: Marliese Seiler-Beck, Lothar Sack, Ulla Widmer-Rockstroh, Thomas Isensee
Kontakt: Sabine Dübbers, Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
eMail: duebbers@aew-berlin.de*